

21. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Feber 1959

383/J

Anfrage

der Abgeordneten Dr. Kandutsch, Dr. Greedler und Genossen
 an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,
 betreffend die endliche Verabschiedung des Mühlengesetzes.

-.-.-.-

Über die verheerenden Folgen der Mühlenkrise, die zu einer seit Jahren andauernden Vermögensverschleuderung geführt hat, ist die Bundesregierung in vollem Ausmass unterrichtet. Nach langem Zögern wurde dem Drängen der Mühlenfachorgane entsprochen und unter der Federführung der Herren Bundesminister für Handel und Wiederaufbau und für soziale Verwaltung ein Komitee eingesetzt, welches die Aufgabe erhielt, ein Mühlengesetz zur Rettung der sich in den Händen des Mittelstandes befindlichen Mühlen auszuarbeiten. Dem Vornahmen nach soll das mit der Ausarbeitung befasste Gremium seine Arbeit bis auf zwei offen gebliebene Fragen am 7.11.1958 beendet haben, sodass eine Einigung gesichert erschien.

Zu ihrer Bestürzung haben die Eigentümer von Mittel- und Kleinbetrieben im Müllereigewerbe nunmehr gehört, dass über Intervention vor allem einiger weniger industrieller Grossunternehmer die nahezu erreichte Einigung über das Müllereigesetz wieder fallen gelassen wurde, und auch alle Grundsätze des vorgeschlagenen Mühlengesetzes in Frage gestellt werden.

Die Fraktion der anfragestellenden Abgeordneten ist der Meinung, dass die wirtschaftliche Situation einer überragenden Mehrheit der kleinen und mittleren Müllereibetriebe eine weitere Verschleppung der gesetzlichen Regelung zu ihrer Existenzsicherung einfach unverantwortlich geworden ist. Die FPÖ-Fraktion wendet sich gegen den Versuch, die Mehlproduktion in Österreich in wenige Hände konzentrieren zu lassen, weil damit eine weitere Verminderung des gewerblichen Mittelstandes eintritt und ausserdem die Gefahr heraufbeschworen wird, dass die Versorgung der Bevölkerung in nationalen Notzeiten durch die mangelnde Streulage der Mühlenbetriebe in Frage gestellt wird. Es wäre daher auch eine Aufgabe des Bundesministeriums für Landesverteidigung, hier eine Stellungnahme gegen die drohende Konzentration der Mühlenwirtschaft zu beziehen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau die

Anfrage:

1.) Was sind die Gründe, die es bisher verhindert haben, dass von allen Seiten als notwendig erklärte Mühlengesetz endlich zu beschliessen, zumal eine Einigung bis auf wenige untergeordnete Detailfragen schon so gut wie erzielt gewesen ist?

2.) Wie ist im Augenblick der Stand der Verhandlungen und innerhalb welcher Zeit glaubt der Herr Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, dem Nationalrat das Mühlengesetz vorlegen zu können?